



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Bergedorf

Bezirksversammlung

641.00-02

Drucksachen-Nr. XIX/1265
29.05.2013

Große Anfrage

gem. § 24 Bezirksverwaltungsgesetz

- öffentlich -

der BAbg. Fleige und Fraktion GRÜNE Bergedorf

Beratungsfolge	am	TOP
Bezirksversammlung Bergedorf	30.05.2013	2.6

Kurt-A-Körper-Chaussee

Sachverhalt/Fragen

Der Bau des neuen Obi-Marktes nähert sich dem Ende. Auch die verkehrliche Erschließung wurde inzwischen geschaffen. Hier fällt auf, dass ein vorhandener Radweg in ausreichender Breite auf eine Breite von 60 cm reduziert wurde (siehe Photo). Dies widerspricht dem politischen Willen, den Radverkehr zu fördern. Die im Verkehrsausschuss vorgestellten Pläne zur verkehrlichen Erschließung (siehe Anhang) ließen dies nicht erkennen. Durch den sehr schmalen Radweg und der eingeschränkten Breite des Gehweges sind Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern zu erwarten.

Deshalb fragen wir die Verwaltung:

1. Ist der Bergedorfer Verwaltung der Inhalt der Hamburger Radverkehrsstrategie bekannt?
 - 1.1 Wo kann der Radverkehrsstrategie entnommen werden, dass nicht benutzungspflichtige Radwege auch in einer Breite von 60 cm gebaut werden sollten.
2. Wurde die Fahrradbeauftragte der Verwaltung in die Planungen einbezogen?
 - 2.1 Wenn ja, hat sie der vorliegenden Planung zugestimmt?
 - 2.1.1 Wenn ja, wo kann man der PLAST9 entnehmen, dass der Bau von 60cm-Breiten Radwegen sinnvoll ist?
3. Sieht die Verwaltung in der Reduzierung der Radwegbreite auf 60 cm eine Förderung des Radverkehrs?
 - 3.1 Sieht die Verwaltung eine Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer in der Verlängerung einer Rechtsabbiegerspur durch den Rückbau eines Radweges?

4. Durch Grunderwerb wäre eine andere Lösung möglich gewesen. Wurde diese Möglichkeit geprüft?
 - 4.1 Wenn ja, woran ist diese Möglichkeit gescheitert?

5. Den Mitgliedern des Verkehrsausschusses wurde nur die angehängten Planungen vorgestellt. Welchem politischen Gremium wurde die geänderte Planung vorgestellt und wann wurden diese beschlossen?

6. Entgegen der ursprünglichen Planung wurde die Rechtsabbiegerspur verlängert. Wurden die Mehrkosten durch den Investor übernommen?
 - 6.1 Wenn nein, wann und durch welches politische Gremium wurden diese zusätzlichen Gelder zur Verfügung gestellt?

7. Ist der Verwaltung der Ansicht, dass die Politik ausreichend an der Planung und an der Finanzierung beteiligt war?

Anlage/n:

Plan